

ok

PROTOKOLL

=====

AUSSENPOLITISCHER AUSSCHUSS

Fünfte Sitzung

Zeit: 28. Februar 1962, 16,00 Uhr

Ort: Bundesparteileitung der ÖVP  
Wien I., Kärntnerstrasse 51

Anwesend:

Minister a.D. HORNBOSTEL (Vorsitz)

Staatssekr.a.D.NR. GRUBHOFER  
Nationalrat MACHUNZE  
Nationalrat Dr. TONCIC-SORINJ  
Nationalrat Dr. WEISS

Konsul MAUTNER MARKHOF  
Kommerzialrat MOSER  
Botschafter a.D. VOLLGRUBER  
Dr. HAUSBERGER

Dr. HÖSS  
Dr. WEIGEND-ABENDROTH

Nicht anwesend:

Nationalratspräsident Dr. MALETA  
Minister Dr. BOCK  
Staatssekretär Dr. KRANZLMAYR  
Staatssekretär Dr. STEINER  
Staatssekr.a.D.NR.Dr. GSCHNITZER  
Nationalrat STÜRGKH  
Bundesrat RÖMER  
Minister a.D.LH.Dr.h.c. FIGL  
Landeshauptmann KRAINER  
Landeshauptmann Dr. TSCHIGGFREY  
Dr. RIHA  
Gen.Sekr.Dr. ZIMMER-LEHMANN  
Dr. IRBINGER

HORNBOSTEL

eröffnet um 16,20 Uhr und erteilt Toncic das Wort zu einem Bericht über die letzte Tagung des Unterausschusses des Europarates für Südtirol.

TONCIC

referiert, dass der aus Wien und Rom zurückgekehrte belgische Politiker Struye seine Reise dahingehend charakterisierte, dass man seine Möglichkeiten in Wien überschätzte, in Rom hingegen unterschätzte. Einen guten Eindruck gewann er von den Tiroler Politikern, besonders von Landesrat Wallnöfer. In Rom wollte man ihn zunächst an einem persönlichen Kontakt mit Landeshauptmann Magnago hindern. Er erreichte dieses Gespräch erst, nachdem er den Italienern mit seiner Abreise gedroht hatte. Zusammenfassend erscheint es Struye nicht denkbar, dass die Italiener in der Form nachgeben und die Vollautonomie verfassungsrechtlich zugestehen. Die Situation der deutschsprachigen Südtiroler ist aber so schlecht, dass die Formfrage schon keine Rolle mehr spielt. Zugeständnisse verfassungsmässiger Art würden aller Wahrscheinlichkeit nach von Rom als definitiv angesehen und nicht wieder zurückgenommen werden, auch wenn sie nicht in der Verfassung verankert wären. Unter Umständen könnte hier eine europäische Instanz die moralische Treuhandschaft übernehmen. Auf keinen Fall wird Italien ein Zugeständnis gegenüber der österreichischen Regierung machen und schon gar nicht vor dem Weltforum der UNO. Hingegen ist eine Einigung im Europarahmen nicht ausgeschlossen. Struye ist auch der Meinung, dass statt des IGH erweiterte europäische Gerichtshofinstanzen befasst werden könnten. Diese Auffassung teilt auch der derzeitige Leiter des italienischen Untersuchungsausschusses, der Sozialdemokrat Rossi. Struye hat die Italiener davon in Kenntnis gesetzt, dass der Europarat die Arbeitsergebnisse dieser Kommission abwarten will.

Er hat zugleich aber klargestellt, dass er im Falle einer Untätigkeit dieser Kommission und beim Nichtvorliegen von Resultaten bis zur nächsten Sitzung des Europaratsunterausschusses, am 6. April 1962, von sich aus neue Initiativen ergreifen wird.

Nach Meinung Tonicic' ist auch im österreichischen Aussenministerium ein positiver Stimmungswandel gegenüber der Europaratsaktion eingetreten. Kreisky bezeichnete Struye ausdrücklich als möglichen und geeigneten Vermittler.

HORNBOSTEL

fragt, ob sich Österreich für seine Aktionen einen Terminplan gesetzt hat.

TONCIC

verneint dies, berichtet aber, dass der italienische Ausschuss sein Themenbereich erweitert hat und ernsthafte Arbeit leisten will.

GRUBHOFER

bezeichnet es als positiv, dass die ÖVP dem Besuch Struyes Aufmerksamkeit zeigte und wendet sich dann der Situation des Bergisel-Bundes zu. Er bezeichnet gerade angesichts gewisser Hoffnungen auf einen italienischen Stimmungswandel nach der Regierungsbildung und auch auf die Person Tavianis, des neuen Innenministers, die letzten Vorgänge im Bergisel-Bund als katastrophal schädlich. Auch die plötzliche Be-  
trauung Kranebitters durch einen Initiativantrag Professor Veiters ist undurchsichtig. Ebenso unklar ist die Flugblattaktion über die Folterungen in Südtirol, die im Widerspruch zu den vorliegenden medizinischen Gutachten steht. Nach dem Austritt der SPÖ-Mitglieder aus dem Bergisel-Bund müsse sich nun auch die ÖVP klar äussern.

WEISS

unterstreicht die Hoffnung auf Taviani, den er aus der gemeinsamen NEI-Arbeit kennt. Es wäre eine Kontaktnahme auf privater Parteebene mit ihm dringend zu empfehlen.

MACHUNZE

fragt an, ob nicht die psychologische Belastung des italienischen Visazwanges aufgehoben werden könnte und setzt sich für eine Empfehlung des Ausschusses an die Bundesparteileitung in der Frage des Bergisel-Bundes ein.

TONCIC

berichtet, dass er bei einer Sitzung des Reformausschusses des Europarates in Rom mit Fanfani und Scelba ein längeres Gespräch hatte. Grundsätzlich war man sich dort einig, dass alle Beschlüsse des Europarates zur Erleichterung des Grenzverkehrs gefördert werden müssten. Struye wies im Gespräch mit den Italienern auch auf diese Tendenz hin. Es ist damit zu rechnen, dass Italien den Visumzwang im Frühjahr abschaffen wird.

MOSER

teilt mit, dass verschiedene christliche Demokraten schon eine Aufhebung des Visazwanges für Weihnachten 1961 erhofften, dies aber am Widerstand des damaligen Aussenministers Segni scheiterte. Bei den Italienern muss ihr Bestreben in Rechnung gestellt werden, das Gesicht wahren zu wollen. Man muss grundsätzlich immer an die Gesamtbevölkerung appellieren und ihr vor Augen führen, dass eine Klärung der Folterungsfrage in ihrem eigenen Interesse liegt. In der Frage der Urteile gegen die Terroristen ist bei einer Verbesserung der allgemeinen Beziehungen durchaus mit einer Amnestie zu rechnen.

TONCIC

formuliert eine Resolution in der Frage des Bergisel-Bundes. (siehe Anlage)

MACHUNZE

regt an, über den ÖVP-Pressedienst bekanntzugeben, dass sich der Aussenpolitische Ausschuss mit dieser Frage befasst hat.

HORNBOSTEL

äussert Bedenken, da dies ein Präjudiz für die Bundesparteileitung wäre.

WEISS

spricht sich ebenfalls dagegen aus, weil der Ausschuss dafür keine Kompetenz besitzt.

MAUTNER MARKHOF

gibt zu bedenken, dass die Sozialisten ihren Rückzug aus dem Bergisel-Bund aus parteipolitischen Gründen gemacht haben und dass bei der Haltung der ÖVP nunmehr auch innenpolitische und wahltaktische Gesichtspunkte beachtet werden müssen.

HORNBOSTEL

entgegnet, dass der Aussenpolitische Ausschuss nur seine Ressortgesichtspunkte klarzustellen hätte und über die anderen Rücksichten nicht befinden könne.

TONCIC

warnet davor, durch eine allzu scharfe Resolution in der Bergisel-Bund-Frage Kranebitter und letzten Endes auch Gschnitzer zu desavouieren.

WEISS

verweist darauf, dass bei der heutigen Sitzung kein Tiroler anwesend ist und die Resolution daher nicht vorgreifen kann.

ABENDROTH

gibt zu bedenken, dass dieser Text ja nur der Bundesparteileitung zugeleitet wird und nicht an die Öffentlichkeit kommt.

GRUBHOFER

stellt fest, dass die sozialistischen Minister Broda und Afritsch über Verhör-Unterlagen aus den letzten Prozessen verfügen, die unter Umständen die Mitglieder

des Bergisel-Bundes auch aus Kreisen der ÖVP schwer belasten können.

HÖSS erkundigt sich, wann die Bundesparteileitung diese Frage behandeln wird.

TONCIC gibt bekannt, dass in der Resolution ausdrücklich auf die nächste Sitzung vom 8. März 1962 hingewiesen wird. Er gibt weiter bekannt, dass Kranebitter in diesen Tagen bei Klubobmann Dr. Hurdes vorgesprochen habe.

.....

HORNBOSTEL stellt die Frage, wer den Kontakt mit Taviani aufnehmen soll.

WEISS schlägt Generalsekretär Dr. Withalm vor.

MAUTNER MARKHOF schlägt vor, dass eine solche Kontaktnahme durch einen persönlichen Vertrauensmann und nicht schriftlich angebahnt werden möge.

HORNBOSTEL hält einen blossen Glückwunsch zur Ministerernennung als durchaus ausreichend und nicht ungewöhnlich.

TONCIC verweist darauf, dass die Sozialisten mit ihren italienischen Genossen aus beiden Parteien die Kontakte auch nach den Differenzen in der Südtirolfrage aufrechterhalten haben. Bei uns wurden sie praktisch abgebrochen. Daher ist jeder erste Schritt sehr schwer und man muss Withalm die geeignete Form überlassen.

WEISS gibt nochmals bekannt, mit welcher ausgesuchter Höflichkeit Taviani bei den NEI-Sitzungen die österreichischen Delegierten behandelt und regt an, dass Withalm ausdrücklich auf seine NEI-Verbindung Bezug nehmen soll. Die nächste Gelegenheit eines Zusammentreffens

ist die Sitzung der Kulturkommission der NEI Mitte April.

VOLLGRUBER bezeichnet es als wünschenswert, dass Taviani bis dahin bereits ein Glückwunschsreiben besitzt.

GRUBHOFER schlägt vor, dass Withalm in seiner Eigenschaft als Vizepräsident der NEI schreiben möge.

.....

HAUSBERGER bemängelt, dass in der vorliegenden Tagesordnung die Integrationsfrage nicht aufscheint. Die widersprechenden Äusserungen verschiedener Regierungspolitiker lassen eine Sprachregelung immer dringender erscheinen.

HORNPOSTEL stellt fest, dass massgebliche Politiker, die mit dieser Frage befasst sind, heute fehlen.

TONCIC gibt bekannt, dass er selbst auf Grund des vom Ausschuss ausgearbeiteten Integrationsprotokolls der Sitzung der Bundesparteileitung am 8. März referieren wird. Ausserdem hat der Aussenminister ein Elaborat ausgearbeitet, das die Gesamtregierung in einer ihrer nächsten Sitzungen verabschieden wird. Es ist noch vertraulich, aber das Studium hat ergeben, dass es sich klar von jedem ideologischen Neutralismus distanziert und in der Integrationsfrage einen sehr entgegenkommenden Standpunkt gegenüber der EWG einnimmt.

HÖSS fragt, ob Kreisky dieses Elaborat parteipolitisch ausnützen kann.

TONCIC stellt klar, dass es wesentliches Ideengut der ÖVP und des Aussenpolitischen Ausschusses aufgenommen hat.

HAUSBERGER äussert sich kritisch zu den Äusserungen der völkerrechtlichen Experten in der Neutralitätsfrage.

GRUBHOFER verlangt energisch, dass die Neutralität nicht nur als eine militärische bezeichnet wird, wie dies durch ÖVP-Minister im Ausland geschehen ist.

TONCIC erklärt, dass das Integrationsproblem nicht mit dem militärischen Charakter der Neutralität zusammenhängt, sondern eine Frage der Supranationalität sei, die mit Neutralität tatsächlich nicht vereinbar sei. In diesem Sinne müsse sogar das jetzt vorliegende Regierungsexposé noch einmal neutralitätsrechtlich kontrolliert werden.

HAUSBERGER äussert Bedenken, dass nach Auffassung der völkerrechtlichen Experten die Liberalisierungs- und GATT-Beschlüsse durch Neutralitätsmassnahmen aufgehoben werden könnten.

TONCIC vertritt die Auffassung, dass nach allgemeiner Rechtsmeinung für einen neutralen Staat der Courrant normal des Handels absolute Richtschnur sein müsse.

HAUSBERGER gibt bekannt, dass Expertenstudien in der Osthandelsfrage deutliche Tendenzen einer Diskriminierung des Westens aufzeigen. Er stellt ausserdem die Frage, warum Österreich seine Kontakte zu Paris vernachlässigt.

HORNBOSTEL erklärt, dass dies nicht von diesem Forum beeinflusst werden könne, im übrigen sei zur Zeit eine Terminabsprache mit Paris sehr schwierig.

HAUSBERGER meint, dass wenigstens Ministervorträge dort stattfinden könnten.

TONCIC gibt zu bedenken, dass der französische Premier Debré die österreichischen Besuche bis jetzt noch nicht erwidert habe.



- GRUBHOFER bittet noch einmal um Klarstellung, ob im Elaborat der Regierung von der immerwährenden Neutralität Österreichs die Rede sei.
- TONCIC bestätigt dies und erklärt, dass sich das Beiwort militärisch aus dem Begriff der Neutralität ja eigentlich von selbst ergäbe.
- HÖSS äussert nochmals Befürchtungen, dass die Sozialisten dieses Elaborat parteipolitisch zu ihren Gunsten auswerten können.
- TONCIC erklärt, dass Kreisky ja hier nur als Ressortminister fungiere und dies schwer im sozialistischen Sinne ausnützen könne.
- WEISS fragt, ob eine supranationale Integration zwischen zwei neutralen Staaten möglich wäre.
- TONCIC verneint dies vom rechtlichen Standpunkt aus, weist aber darauf hin, dass im Sinne "paktierter Gesetze" Konformbeschlüsse gefasst werden könnten.
- HAUSBERGER bedauert die Verwirrung um den Begriff Integration.
- HORNBOSTEL stellt fest, dass dies von unserer Seite aus nicht geändert werden könne und schliesst die Sitzung um 17,45 Uhr.

\*\*\*\*\*

*Dr. Friedrich Weyand - Abhandlung*

Wien, am 1. März 1962  
Dr.Ab/sch

AUSSENPOLITISCHER AUSSCHUSS

An die  
Bundesparteileitung der ÖVP  
z.Hd.d.Herrn Generalsekretärs  
Sts.a.D.NR.Dr.Hermann WITHALM

W i e n     I  
Kärntnerstr.51

Der Aussenpolitische Ausschuss der ÖVP hat in seiner Sitzung vom 28. Februar 1962 einstimmig folgende Resolution gefasst, die er der Bundesparteileitung mit der Bitte um beschleunigte Behandlung - möglichst in der Sitzung vom 8. März 1962 - unterbreitet:

Der Aussenpolitische Ausschuss der ÖVP ist der Auffassung, dass der Bergisel-Bund in seiner jetzigen Situation nicht in der Lage ist, seine satzungsgemässen Funktionen und Aufgaben zu erfüllen. Vom aussenpolitischen Standpunkt aus stellt dies eine wesentliche Erschwerung einer endgültigen Lösung der Südtirolfrage dar. Die Bundesparteileitung wird daher gebeten, baldmöglichst mit Staatssekretär a.D.Prof.Dr. GSCHNITZER und Nationalrat KRANEBITTER in Besprechungen über die Zukunft dieser Institution einzutreten.

Wien, am 1. März 1962  
Dr. Ab/sch

AUSSENPOLITISCHER AUSSCHUSS

A k t e n n o t i z

für Herrn Gen.Sekr.Sts.a.D.NR.Dr. WITHALM

Der Aussenpolitische Ausschuss der ÖVP erlaubt sich, Herrn Generalsekretär vorzuschlagen, die Ernennung des italienischen DC-Politikers TAVIANI zum Innenminister als Gelegenheit zu einer Gratulation anzusehen, bei der zweckmässigerweise auf die gemeinsame Arbeit innerhalb der IUCD Bezug genommen werden könnte.

.....